

Abgelehnt!

Ein Antrag der LINKEN für einen Tag gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit wurde von CDU und FDP abgelehnt. **S. 3**

Vertan?

Dank der CDU und FDP bestimmen nun die „Freien Wähler“ bei der Heine-Preisverleihung mit. Nun ist das Entsetzen groß. **S. 5**

Abgehängt!

Mit der Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie ändert sich der Fahrplan. Die geht zu Lasten vieler DüsseldorferInnen. **S. 6**

Ausgestiegen!

Die Sana-Kliniken haben den Tarifvertrag verlassen. Die Beschäftigten protestierten und werden von DIE LINKE. unterstützt. **S. 7**

Sparen zu Lasten von Kindern



Foto: © © neonzu1

Stadt trennt sich von KiTas

Wem nützt es?

Auf der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) im Januar stand die Vorlage mit dem spröden Titel 51/17/2012 – „Übergabe der städtischen Tageseinrichtung für Kinder Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße 19b in die Trägerschaft des Vereins SOS Kinderdorf e.V.“ auf der Tagesordnung. Soweit – so unspektakulär. Schon in der Vergangenheit hat der Jugendhilfeausschuss – immer gegen die Stimmen der LINKEN – vorwiegend kleine und kleinste Einrichtungen an freie Träger – und der Verein SOS Kinderdorf e.V. ist so ein Träger – übertragen. Offiziell angeblich immer aus „Effizienzgründen“. Die Betreuung der Kinder könne so besser organisiert werden.

Nur: diesmal war es anders. Diesmal gab es vor der Sitzung des JHA lautstarken Protest von Eltern und ErzieherInnen. Diesmal hatte die örtliche Bezirksvertretung 10 ihre Beteiligung eingefordert. Und diesmal hat der städtische Personalrat seine Bedenken geäußert. In einer Personalversammlung Anfang April machten die städtischen ErzieherInnen in einer eindrucksvollen Aktion auf die Beerdigungs-Situation

aufmerksam. Mittlerweile war auch die Übergabe der Kita an SOS Kinderdorf e.V. bereits zweimal Thema der Sitzung der Bezirksvertretung. Und immer dabei: Eltern, ErzieherInnen und die Gewerkschaft Ver.di.

Warum will die Stadt dann auf Biegen und Brechen die Kita übertragen? Weil – so die offizielle Verlautbarung der Stadt – zurzeit gut 40 % aller Kitas in der Stadt in städtischer Trägerschaft sind. Und weil dies zu viele sind – angestrebt wird ein Anteil von 25 % aller Einrichtungen. Damit dem Subsidiaritätsgrundsatz des Gesetzes entsprochen wird – wonach ein städtischer Träger nur dann tätig werden darf, wenn sich kein freier Träger findet.

Und weil im Stadtbezirk 10 elf von neunzehn Einrichtungen in städtischer Trägerschaft sind, müssen Einrichtungen eben übertragen werden. Und da kommen SOS Kinderdörfer recht, so wurde schon vor einiger Zeit der städtische Jugendclub an SOS übertragen. Und der finanziert sich aus Spenden.

Dass die Eltern der Kinder in den städtischen Einrichtungen sich bewusst für diese entschieden haben und keine

andere Betreuung wollen – Pech gehabt. Sie können ihr Kind ab August 2012 ja auf eine andere Einrichtung schicken. Schließlich müssen sich die Kinder sowieso an neue ErzieherInnen gewöhnen...

Der wahre Grund für die Übertragung von Einrichtungen in freie Trägerschaft ist ein anderer – der schnöde Mammon. Wird eine Einrichtung durch einen freien Träger betrieben, so muss dieser einen Eigenanteil an den Kosten erbringen und gleichzeitig fördert das Land ihn erheblich mehr als eine städtische Kita – in Summe spart die Stadt bei dieser KiTa gut 100.000 EUR im Jahr, wie der Vertreter des Jugendamtes in der Sitzung der Bezirksvertretung Ende März erklärte. Die kann man dann ja gut in Prestigeobjekten verbauen.

Zu alledem sagt DIE LINKE: nein. Wir wollen, dass für alle Eltern eine städtische Kita in ihrer Nähe ist. Wir wollen den ErzieherInnen in den städtischen Einrichtungen Sicherheit geben, dass ihre Kita nicht privatisiert wird. Wir wollen jahrelang gewachsene Strukturen nicht zerstören. Kurz: Wir wollen einen starken öffentlichen Träger.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie halten die elfte Ausgabe des R(h)einblicks in Ihren Händen. Seit vier Jahren informieren wir Sie regelmäßig über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf. Damit haben wir ein Stück Gegenöffentlichkeit geschaffen, denn in der lokalen Presse wird unsere Arbeit so weit es geht ignoriert. Die Veröffentlichungen im R(h)einblick haben so positive Reaktionen in der Leserschaft, dass wir die Auflage kontinuierlich steigern konnten bis zu dieser Ausgabe mit 50.000 Exemplaren.

Mit dieser Ausgabe starten wir ein neues Projekt. Um Sie auch über die Arbeit der LINKEN außerhalb der Ratsfraktion zu informieren, wird jetzt und in Zukunft der R(h)einblick um einen Mittelteil erweitert. Darin wird der Kreisverband der LINKEN in Düsseldorf Stellung zu aktuellen Themen der Politik in dieser Stadt und dem Land nehmen und über die Tätigkeiten des Kreisverbandes und seiner Gliederungen in den Stadtteilen berichten.

Diese zusätzlichen vier Seiten werden vom Kreisverband finanziert, so dass Sie auch in Zukunft die Zeitung kostenlos beziehen können.

Teilen Sie uns bitte mit, wie Ihnen die Erweiterung des Rheinblicks gefällt. Über einen Brief oder eine Mail würden wir uns freuen. Wir danken allen bisherigen Leserinnen und Lesern für die Treue und Aufmerksamkeit, die Sie uns entgegengebracht haben und freuen uns über Alle, die wir neu begrüßen können.

Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

36.628 Arbeitslose in Düsseldorf = 12,3%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2012 bei 27.227 (offizielle Arbeitslosenquote 9,0 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.628 um 9.401 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Die genaue Aufschlüsselung der heraus gerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Keine Daten an die Bundeswehr

Die Meldebehörde der Stadtverwaltung gibt auf Anfrage Daten von EinwohnerInnen an andere Stellen weiter. Seitdem die Bundeswehr ein freiwilliger Dienst ist werden Daten auch an die Bundeswehr weitergegeben. Übermittelt werden an das Bundesamt für Wehrverwaltung Familienname, Vorname, Anschrift von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im folgenden Jahr volljährig werden. Mit diesen Angaben erhält die Bundeswehr die Möglichkeit die Betroffenen ihr Werbematerial fürs Töten zu schicken. In der nächsten Personal- und Organisationsausschusssitzung stellt DIE LINKE. dazu eine Anfrage. Verhindern kann man die Datenübermittlung nur indem man dem widerspricht. Der Antrag findet sich unter: www.duesseldorf.de

Das Wunder von Flehe

Jahrelanger Kampf gegen Lärm führte zum Erfolg

Noch vor wenigen Jahren als „fünfte Kolonne“ der LINKEN im Stadtgebiet 03 verunglimpft, hatten sich lärmgeschädigte Bürgerinnen und Bürger aus Flehe in ihren Auseinandersetzungen mit Politik und Verwaltung hohe Kompetenzen erarbeitet und sind mit ihren Aktionen und inhaltlichen Argumenten im politischen Raum gefürchtet und geachtet.

Die jahrzehntelange Chronik der Fleher Brücke mit ihren fehlenden Lärmschutzwänden, den ratternden Dehnungsfugen und unzureichenden Tempolimits nahm im März durch politische Beschlüsse in Rat und Land für die gesundheitsgefährdeten AnwohnerInnen jetzt ein scheinbar gutes Ende.

Eine der letzten Forderungen der Fleher Bürger-Initiative FB-I, die permanente Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h und stationäre Geschwindigkeitsüberwachungen mit jeweils 2 technischen Einrichtungen pro Fahrtrichtung im A 46-Streckenabschnitt Fleher Brücke, wurde genehmigt. Sie waren auch notwendig geworden, weil die erhofften Lärminderungseffekte durch eine Lärmschutzwand, die mit nur 1,50 m einen Meter unter der planfestgestellten Höhe von 2,50 m bleiben wird, alleine nicht zu erreichen wären. Mit den nun bereits begonnenen Baumaßnahmen werden sich die gesamten Lärmsanierungsarbeiten aber noch 15 bis 18 Mo-

nate hinziehen. Das Land NRW und die Düsseldorfer Politik und Verwaltung haben sich damit den berechtigten Forderungen der AnwohnerInnen gebeugt und für die Eindämmung des Verkehrslärms gesorgt, so dass ein neues Nebeneinander von Wohnen und Autobahnverkehr für die BrückenanwohnerInnen denkbar und lebbar werden könnte.

Dieser Erfolg wehrhafter Bürgerinnen und Bürger verbessert bereits heute schon spürbar das Klima des Zusammenwirkens von EinwohnerInnen und kommunaler Politik, wie man es in den neuen Schwerpunkten der jetzt Kampf erfahrenen BürgerInnen erkennen kann.

Diese haben sich nunmehr dem „Eingangs-Tor“ zur Flehe zugewandt und wollen am Südring gemeinsam mit den BezirkspolitikerInnen das befürchtete Verkehrschaos verhindern, dass ihnen den Weg von und nach Flehe versperren könnte, wenn wegen der ALDI-Zufahrt von der Stadtverwaltung nicht noch ein vertrauenerweckenderes Verkehrskonzept vorgelegt wird.

Durch diese beispielhaften Erfolge wird bei Vielen das Passieren der Fleher Brücke jetzt hoffentlich auch mit einer inneren Verbeugung vor der großen Leistung der wehrhaften Fleher BürgerInnen einhergehen.



Ausnahmsweise mal wenig Verkehr

Foto: © © Alexostrov

Keine Sonntagsöffnungen

Für Schutz der ArbeitnehmerInnen

Am 26. April wird der Rat, wie jedes Jahr, die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage in Düsseldorf beschließen. Die Konzentration der verkaufsoffenen Sonntage ist eine direkte Folge des von der damaligen CDU/FDP-Koalition im Landtag beschlossenen Ladenöffnungsgesetzes NRW. Es ermöglicht den Kommunen, ohne jeden Anlassbezug Sonntage für die Ladenöffnung freizugeben.

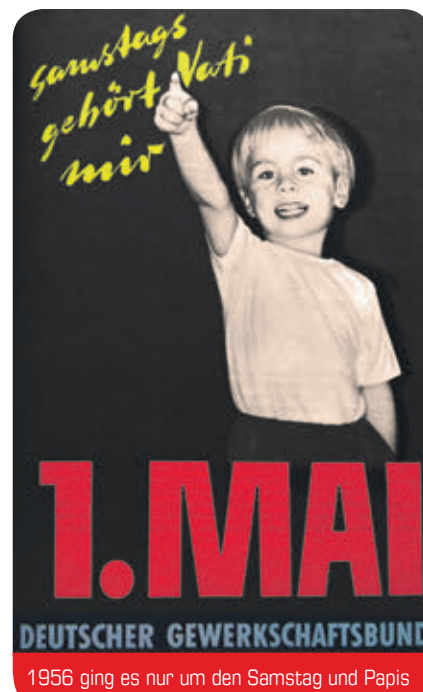
Wie die vorausgehenden Abstimmungen in allen Bezirksvertretungen und im Ordnungs- und Verkehrsausschuss zeigen, werden CDU, SPD, Grüne und FDP für eine Mehrheit sorgen.

Um die Widerstände der vergangenen Jahre gegen die Sonntagsöffnungen zu beseitigen, wurde von der Stadt ein „Runder Tisch Sonntagsöffnung“ einberufen. Die Verwaltung legte ein Konzept vor, dass zwölf verkaufsoffene Sonntage im gesamten Stadtgebiet und zwei in den Stadtteilen vorsah. Die Kirchen, die Gewerkschaft ver.di und DIE LINKE., die an dem „Runden Tisch“ teilnahmen, haben die Reduzierung zwar als Schritt in die richtige Richtung gesehen, lehnten

aber die Sonntagsöffnungen an sich als nicht akzeptabel ab. Trotzdem wurde das Konzept nicht verändert.

Auch auf Landesebene tritt DIE LINKE. für eine generelle Abschaffung der Sonntagsöffnungen ein. Bei einer An-

hörung im Landtag im Januar 2012 wurde jedoch deutlich, dass DIE LINKE. die einzige Partei ist, die konsequent für die Abschaffung eintritt. Selbst SPD und Grüne tendieren dazu, Sonntagsöffnungen nach wie vor zu ermöglichen. Ähnlich votieren diese Parteien in Düsseldorf. Die verkaufsoffenen Sonntage mit vielen Alibianlässen (was hat die Messe „Drupa“ mit sonntags offenen Läden in Garath zu tun?) verstoßen gegen den Verfassungsrang des Sonntagsschutzes. Der freie Sonntag ist eine Staatsgarantie, die eingelöst werden muss. Die Liberalisierung des Ladenschlusses hat dem Einzelhandel nachweislich keine Mehrumsätze beschert, aber die Beschäftigten und ihre Familie stark belastet. Das Gleiche gilt für die Sonntagsarbeit. Wir sollten nicht vergessen, dass mittlerweile schon elf Millionen Menschen in der Sonntagsproduktion vieler Industrieunternehmen beschäftigt sind. Setzt sich dieser Trend fort, werden wir innerhalb weniger Generationen den Sonntag als Kulturgut und Säule unseres Gemeinwesens verlieren.



Tarifrunde 2012

Erfolgreiche Warnstreiks?

Die Forderungen der Gewerkschaft ver.di zu den diesjährigen Tarifverhandlungen waren: 6,5 % mehr Lohn für ein Jahr, für jeden mindestens 200 Euro mehr, eine Übernahmegarantie für die Auszubildende und für diese einen Mehrbetrag von mindestens 100 Euro. Für die Erfüllung dieser Forderungen wurden bundesweit zwei Warnstreiks durchgeführt, die auch in Düsseldorf Beachtung und Verständnis fanden.

Die Verhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern hat zu folgenden Ergebnissen geführt: 6,3 % Lohnerhöhung, allerdings in drei Stufen über einen Zeitraum von zwei Jahren, keinen Mindestbetrag, für die Auszubildenden ab März 2012 eine Erhöhung von 50 Euro und ab August 2013 von 40 Euro. Die Auszubildenden erhalten einen unbefristeten Vertrag, wenn sie sich ein Jahr lang nach ihrer Ausbildung „bewährt“ haben. Dafür wird der maximale Urlaubsanspruch ab 2013 für alle Neueinstellten bis 54 Jahre von 30 auf 29 Tage reduziert, der für Auszubildende auf 27 Tage erhöht.

Eine erhebliche Anhebung der Vergütungen war seit Längerem überfällig, damit der Reallohnverlust der letzten Jahre gestoppt werden kann. Hierfür setzt sich DIE LINKE. ein, unter anderem mit einem Antrag im Rat der Stadt Düsseldorf. Wir haben gefordert, dass der Rat die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst unterstützen solle. Der Antrag wurde abgelehnt. Unter anderem mit der Begründung, die städtische Kasse sei leer und würde eine Tarifierhöhung nicht vertragen.

Dass die Kassen der Kommunen leer sind, liegt allerdings daran, dass den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen werden, ohne dass sie dafür vom Bund oder den Ländern einen finanziellen Ausgleich bekommen. Und den Kommunen fällt nichts anderes ein, als zu versuchen, die fehlenden Mittel im personellen Bereich wieder rein zu holen. Dabei könnten die Schulden der Kommunen nicht einmal dann ausgeglichen werden, wenn alle Beschäftigten entlassen würden.

Anstatt bei ihren Parteifreunden im Landtag und im Bundestag sich dafür einzusetzen, dass den Kommunen mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, klagen die Kämmerer der Städte über die hohe Belastung des geschlossenen Kompromisses. Auch der Düsseldorfer Kämmerer droht mit Entlassungen und Einstellung von Dienstleistungen.

Dabei ist Düsseldorf ein Sonderfall. Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen geht es der Stadt relativ gut. Aufgrund der Ansiedlung vieler Firmenzentralen kann sie auf relativ hohe Einnahmen zurückgreifen. Durch Großprojekte in den letzten Jahren ist diese Position jedoch gefährdet. Die Arena, die Wehrhahnlinie und der Kö-Bogen – um nur einige Projekte zu nennen – binden an jährlichen Folgekosten ein Vielfaches der Summe, die die Tarifierhöhungen pro Jahr kosten werden. Wenn Leistungen in Zukunft in Düsseldorf eingeschränkt werden, dann nicht durch die berechtigten Forderungen der Beschäftigten, sondern durch den Ehrgeiz einiger, sich Denkmäler in Beton zu setzen.

Keine Mehrheit gegen Rassismus

„Düsseldorfer Tag gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ abgelehnt

Bereits in der Ratssitzung im Dezember lehnten die Fraktionen von CDU und FDP einen Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. ab, der UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus beizutreten. Diese Ablehnung war eine große Blamage für die Landeshauptstadt Düsseldorf, denn viele deutsche Städte gehören dieser Koalition bereits an, u. a. die Landeshauptstädte Hannover, München und Potsdam.

In der Ratssitzung im März stellte die Ratsfraktion DIE LINKE. den Antrag, einen „Düsseldorfer Tag gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ durchzuführen. Der Stadtrat solle die Verwaltung auffordern, diesen Tag zu organisieren. Hier hätte die Stadt Düsseldorf ein klares Zeichen für Toleranz, Weltoffenheit und gleiche Rechte für alle Menschen setzen können. Während SPD und Grüne die Aufforderung an die Gewerkschaften und Organisationen weiterleiten wollten, stimmten CDU und FDP reflexartig dagegen.

Der rechte Terror hat in den vergangenen zehn Jahren über 180 Menschenleben gefordert. Über zehn Jahre lang konnte die rechte Terrorzelle NSU mordend durch Deutschland ziehen, ohne dass Verfassungsschutz dies, trotz vieler „Vertrauensleute“ in der rechten Szene, verhindert haben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Helferszene dieser Verbrechen bis nach Düsseldorf reichte.

Mitte März plakatierten Rassisten in mehreren Stadtteilen Düsseldorfs ausländerfeindliche Plakate. Auch an dem Fenster des Wahlkreisbüros von Sahra Wagenknecht und Wolfgang Zimmermann. Jetzt war die verbale Empörung der Kommunalpolitiker groß: „Jeder, der solche Hassplakate sieht, soll sie sofort abreißen und in den Müll werfen“... „Die Demokratie muss sich wehren“ forderte Monika Lehmhaus von der FDP. SPD-Bürgermeisterin Gudrun Hock fürchtet zu Recht: „...wir haben hier einen Ruf zu verlieren. Wir sind eine weltoffene und tolerante Stadt.“

Reden allein reicht aber nicht. Die Verwirklichung der Forderung der Fraktion DIE LINKE. im Rat wäre eine gute Möglichkeit, den Ruf der Stadt Düsseldorf

als antirassistisch und weltoffen wieder herzustellen. Dies kann nicht nur die Aufgabe der Gewerkschaften und antifaschistischer Initiativen sein. Hier muss die ganze Bevölkerung einer Stadt deutlich machen: Düsseldorf hat keinen Platz für Neonazis, Rassisten, für Antisemiten und Fremdenfeindlichkeit. Ein Tag, an dem alle demokratischen Parteien der Stadt, Gewerkschaften, Initiativen, Vereine und Verbände und alle EinwohnerInnen der Stadt, die sich für Toleranz gegenüber jedem Menschen einsetzen, gemeinsam auf die Straße gehen, das wäre ein Zeichen, dass für Düsseldorf weit über seine Grenzen hinaus beispielhaft wirken würde und nach innen deutlich macht: In Düsseldorf haben Rassisten und Neonazis keinen Platz.



Ob das hilft?

Foto: © © Phreak 2.0

Die Inselstr. 33 wird zum Dauerbrenner

Im R(h)einblick vom Oktober 2011 haben wir über den Widerstand der Bezirksvertretung 1 gegen den Abriss-Antrag des Wohnhauses Inselstr. 33 berichtet. Dieser Abriss-Antrag war von der Verwaltung befürwortet worden. Nachdem der Oberbürgermeister sich eingeschaltet hatte, wurde der Abriss-Antrag im Oktober noch einmal in der Bezirksvertretung zur Abstimmung gestellt. Im Vorfeld wurde versucht, BezirksvertreterInnen einzuschüchtern, in dem man ihnen erzählte, bei einer Ablehnung des Abrisses würden sie schadensersatzpflichtig. Da es durch diese Manipulationen Unsicherheiten unter den VertreterInnen gab, wurde geheim abgestimmt. Wieder erhielt der Abriss-Antrag keine Mehrheit. Daraufhin entzog der Oberbürgermeister der Bezirksvertretung die Zuständigkeit und ließ über den Abbruchantrag am 2. Februar 2012 im Rat abstimmen. Mit fadenscheinigen Argumenten wurde von Seiten der CDU und der Verwaltung versucht, die Genehmigung des Abrissantrages zu begründen. Das Haus stehe nicht unter Denkmalschutz und wäre nicht erhaltungswürdig. Außerdem sei die Fassade einsturzgefährdet, was man an der Aufstellung eines Schutzgerüsts ablesen könne und wofür es auch ein Gutachten gebe. Das Haus steht zwar nicht unter Denkmalschutz - es wird aber ausdrücklich in der Erhaltungssatzung erwähnt, die für diesen Bereich erlassen wurde. Das Gerüst, das vor der Fassade aufgestellt und in ihr verankert wurde, soll vor herabfallenden Steinen schützen, da eine Balkonbrüstung in sehr schlechtem Zustand ist. Wenn die Fassade tatsächlich so marode ist, wie es geschildert wurde, dann wäre sie spätestens nach Montage des Gerüsts zusammengebrochen. Das Gutachten, auf das sich die Verwaltung beruft, wurde vom Investor in Auftrag gegeben. Nach einer fast einstündigen Debatte wurde die Abrissgenehmigung mit den Stimmen von CDU und FDP erteilt. Allerdings ist sie immer noch nicht rechtsgültig, da ein Mitglied der Bezirksvertretung die Kommunalaufsicht eingeschaltet hat, um das bisherige Vorgehen überprüfen zu lassen. Bis zur Beendigung der Prüfung darf das Gebäude nicht abgerissen werden. Das ist natürlich ein schwerer Schlag für den Investor und den Oberbürgermeister.

Kein Geld für Schulsanierung

Am Beispiel des Stadtbezirks 08 wird deutlich, wie sehr die Stadtverwaltung die Sanierung der Düsseldorfer Schulen vernachlässigt. Für die Unterhaltung des Bereichs Schulen sind im Haushalt 2012 insgesamt 2.058.594,- € vorgesehen. Dies macht einen Betrag für den Bezirk 08 (Lierenfeld, Eller, Vennhausen und Unterbach) von 197.694,- € aus. Ein Bedarf an Sanierungen besteht allerdings in einer Größenordnung von 628.300,- €. Die Bezirksvertretung durfte jetzt entscheiden, welche Maßnahmen nicht durchgeführt werden bzw. hinausgeschoben werden. So blieben insbesondere Toilettensanierungen in verschiedenen Schulen des Bezirks unberücksichtigt. Der Antrag des Bezirksvertreters der LINKEN, Lutz Pfundner, alle notwendigen Sanierungsmaßnahmen in den Schulen durchzuführen, wurde von CDU/FDP/SPD und Grünen abgelehnt.

1- Euro-JobberInnen können mehr Geld bekommen

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat immer wieder in mehreren Anträgen und Anfragen zu 1- Euro-Jobs ihre Ablehnung zu dieser Art von Zwangsarbeit kundgetan. Mehrfach wurde die Rechtmässigkeit der bereitgestellten Arbeitsplätze bezweifelt, denn 1-Euro Jobs dürfen nur zusätzlich bereitgestellt werden. In der Realität verdrängen sie jedoch Arbeitsplätze, wie in mehreren Untersuchungen festgestellt wurde. Auch die Stadt Düsseldorf nutzt 1-Euro Jobs über ihr Tochterunternehmen Renatec um Arbeitsplätze einzusparen. So müssen 1-Euro ArbeiterInnen beispielsweise Arbeit von Hausmeistern in Schulen übernehmen und Parks und öffentliche Anlagen säubern. Insgesamt hat die Stadt jedes Jahr nur etwa ein bis zwei 1-Euro-JobberInnen übernommen. Mehrfach hat das Bundessozialgericht über die Unrechtmässigkeit von 1-Euro Jobs entschieden.

Was jedoch viele nicht wissen ist die Möglichkeit für Hartz IV-EmpfängerInnen bei rechtswidrigem Ein-Euro-Jobs, das sie Anspruch auf nachträgliche Bezahlung haben. Eine Handlungsanleitung ist hier zu finden:

<http://kurzurl.net/2VB88> und <http://kurzurl.net/UMKeR>

IDR-Skandale

Keine Parteispenden von Unternehmen

Die IDR (Industrieterreins Düsseldorf Reisholz) ist ein wichtiges Infrastrukturunternehmen der Stadt und mehr als 100 Jahre alt. Gegründet wurde die IDR im Jahr 1898 als private Grundstücksgesellschaft, um die zum Unternehmen gehörenden Grundstücke im Düsseldorfer Süden für industrielle Anlagen zu erschließen. Seit 1951 ist die Stadt Düsseldorf alleinige Aktionärin.

Auch in städtischem Besitz war es zunächst Aufgabe des Unternehmens, die eigenen Grundstücke zu erschließen. Unter dem Oberbürgermeister Erwin wurde das Unternehmen zunehmend dazu eingesetzt, städtische Bauvorhaben zu projektieren und teilweise auch in eigener Rechnung auszuführen. Durch die Einschaltung eines sogenannten privaten Unternehmens (die Stadt Düsseldorf ist bis heute alleinige Eigentümerin) konnten kostenträchtige Projekte unter Umgehung des Rates ausgeführt werden. Die Kosten tauchten nicht im städtischen Haushalt auf und die Legende der Schuldenfreiheit Düsseldorfs kann bis heute aufrecht er-

halten werden.

Der Vorstandsvorsitzende der IDR wurde unter der Ägide von Erwin einer der einflussreichsten Männer der Stadt. Nach dem Tod Erwins wurde sein Gebaren den nun an der Spitze der Stadt befindlichen Politiker zunehmend ein Dorn im Auge. Seine Geschäftsführung wurde kritisiert, ebenso die Anhäufung von Schulden. Ihm wurde ein zweiter Geschäftsführer zur Seite gestellt, über seine Ablösung wurde spekuliert.

Genau zu dieser Zeit gelangte ein Spendenskandal an die Öffentlichkeit. Die IDR hatte – zunächst selbst, dann über eine Tochtergesellschaft – 6.000 Euro an die lokale CDU gespendet. Außerdem soll sie der CDU Feste für eine Gesamtsumme von 15.000 Euro bezahlt haben. Nicht nur die CDU wurde von der IDR bedacht, sondern auch die Grünen (2.000 Euro) und die SPD (600 Euro).

Dass Unternehmen durch Spenden politische Entscheidungen beeinflussen wollen, ist an sich schon ein Skandal. Dass aber ein Unternehmen, das sich in städ-

tischem Besitz befindet, Parteien Spenden zukommen lässt, ist illegal, denn die Gewinne des Unternehmens gehören der Stadt und damit den EinwohnerInnen und dürfen nicht willkürlich an Parteien verteilt werden. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft.

DIE LINKE tritt bundesweit dafür ein, dass Spenden von Unternehmen an Parteien grundsätzlich nicht erlaubt sein dürfen. In Düsseldorf hat DIE LINKE den Antrag gestellt, eine Kommission zu bilden. Diese soll prüfen, welche städtischen Unternehmen, die privatrechtlich organisiert sind, in die kommunale Verwaltung eingegliedert werden können. Gleichzeitig sollen Richtlinien erarbeitet werden, wie bei städtischen Firmen, die weiterhin als GmbH oder AG firmieren, eine größtmögliche Transparenz der Geschäftspolitik erreicht werden kann. Diese Lehren sollten aus dem Skandal um die IDR gezogen werden. Der Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Sie haben anscheinend andere Vorstellungen von einer Aufarbeitung.

Ehrung für Völkermörder

Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Die Ratsfraktion fordert, dass durch Umbenennung Widerstandskämpferinnen gegen den Faschismus geehrt werden. Die Änderung des Straßennamens mag für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein, aber noch unangenehmer ist es, wenn die persönliche Anschrift an einen Mörder und Verbrecher erinnert.

Die „Peters Straße“ in Urdenbach

1937 wurde in Urdenbach eine neue Siedlung vom Reichsbund der Kinderreichen gebaut. Die Straßen wurden mit Namen deutscher Kolonialisten benannt, unter anderem dem von Carl Peters. Ursprünglich sollten die Straßen in der nationalsozialistischen Mustersiedlung Schlagerstadt (heutiges Golzheim) nach den Kolonialisten benannt werden.

Wer war Carl Peters, den die Nationalsozialisten so sehr verehrten, dass sie auch einen Film über ihn drehten?

Carl Peters gründete die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“. Ohne einen staatlichen Auftrag ging er auf eine Expedition nach Ostafrika. Dabei schloss er sogenannte Schutzverträge in deutscher Sprache - begleitet von Flaggenhissungen - mit afrikanischen

Häuptlingen ab. Auf diese Art und Weise „erwarb“ er einen Grundbesitz, zweimal so groß wie Deutschland. Die Kolonisationsgesellschaft bekam das alleinige und uneingeschränkte Recht, Zölle und Steuern zu erheben.

Justiz und Verwaltung wurden aufgebaut, deutsche Truppen kamen ins Land,

sowie Siedler, die das Land beliebig nutzen sollten. Dies war Peters Vorstellung eines „zusammenhängenden mitteleuropäischen Kolonialreichs“. Später ging er weiter auf Expeditionen, bei der die Einheimischen brutalste Gewalt und Tod erlebten.

Peters wurde 1891 Reichskommissar für das Kilimandscharo-Gebiet. Er ließ seine einheimische Zwangs-Geliebte und einen Diener öffentlich erhängen (deshalb bekam er bei Gegnern der Kolonisation den Namen Hänge-Peters), die Heimatdörfer niederbrennen. Durch sein brutales Vorgehen gegen die afrikanische Bevölkerung kam es dann zu einem monatelangen Aufstand, der Peters sein Amt kostete.

Peters musste nach Deutschland zurück, bekam ein Disziplinarverfahren und wurde aus dem Dienst des Deutschen Reiches entlassen.

Allerdings bekam er 1905 von Kaiser Wilhelm II. in einem Gnadenlass seinen Titel zurück. 1935 wurde Carl Peters von Hitler rehabilitiert und von den Faschisten als größter deutscher Kolonialpionier gefeiert, der für sein „Heimatsvolk den Durchbruch zur Herrschaft“ vollzogen habe.

Es wurden Straßen nach Carl Peters benannt - wie in Düsseldorf. Inzwischen wurden in vielen Städten Straßenumbenennungen vorgenommen. Allerdings nicht in Düsseldorf!



Carl Peters

Foto: Bundesarchiv

Hat Heine das verdient?

CDU/FDP für Aufnahme der „Freien Wähler“ in das Heine Preisgericht

Das Abstimmungsverhalten von CDU/FDP hat dazu geführt, dass im Heine-Preisgericht in Zukunft ein Vertreter der Freien Wähler mit rechtsradikaler Vergangenheit sitzt.

Im Zwei-Jahres-Turnus vergibt die Stadt den seit 2006 mit 50.000 Euro dotierten Heinrich Heine-Preis, gewidmet dem wohl berühmtesten Dichter unserer Stadt.

Geehrt werden hier Persönlichkeiten, „die durch ihr geistiges Schaffen im Sinne der Grundrechte der Menschen, für die sich Heinrich Heine eingesetzt hat, den sozialen oder politischen Fortschritt fördern, der Völkerverständigung dienen oder die Erkenntnis von der Zusammengehörigkeit aller Menschen verbreiten“.

Der Preis zählt zu den bedeutendsten Literatur- und Persönlichkeitspreisen in Deutschland. Er wurde von der Stadt Düsseldorf anlässlich des 175. Geburtstags Heines gestiftet.

Da seit der letzten Preisverleihung im Rat der Stadt Düsseldorf durch den Beitritt eines ehemaligen Republikaners zur Gruppe der Freien Wähler eine neue Fraktion entstanden ist, wollte die Verwaltung die Zusammensetzung des Heine-Preisgerichts ändern. Auch die Fraktion der Freien Wähler sollte dazu gehören.

Um das zu verhindern, hat DIE LINKE beantragt, das Preisgericht nur aus

VetreterInnen der stimmberechtigten Fraktionen zu bilden. Damit wären die Freien Wähler nicht berücksichtigt worden, da sie mit drei Fraktionsmitgliedern im Rat nur einen beratenden Status im Ausschuss haben.

Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der CDU/FDP abgelehnt. Aber auch bei Grünen und SPD konnten nicht alle unseren Antrag zustimmen, einige enthielten sich. Das führte dazu, dass Torsten Lemmer nun im Preisgericht sitzt. Torsten Lemmer war in der rechtsextremen Szene aktiv und hat unter anderem rechts-

radikale Musiktitel produziert. Angeblich hat er sich von dieser Szene losgesagt. Ein Armutszeugnis für unsere Stadt, in der alle demokratischen Parteien eine Resolution gegen „Rechtsextremismus und Diskriminierung“ verabschiedet haben.

In Zeiten der NSU-Morde und zunehmender „rechter Gesinnung“ in Europa, ein schlechtes Zeichen für die Öffentlichkeit. Dieses Preisgericht wird Heine so nicht mehr gerecht.

Was hätte er nur dazu gesagt?

Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht...



Heinrich Heines Totenmaske als Denkmal am Schwanenmarkt

Kongress der Ratsfraktion

DIE LINKE diskutiert Wege zu einer kommunalen Energiewende

Was können wir in Düsseldorf tun, um dem Klimawandel nachhaltig zu begegnen? Weniger klimaschädlicher Verkehr, mehr ökologische Gebäudesanierungen, mehr Sonne und Wind als Energieträger nutzen? Und wie können die notwendigen Veränderungen sozialverträglich gestaltet werden oder mehr noch: Kann eine sozial-ökologische Klimapolitik in Düsseldorf auch die Lebensqualität und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt verbessern?

Im Rahmen eines öffentlichen Forums unter dem Titel „Stadt unter Strom“ widmeten sich diesen Fragen Experten aus Umweltverbänden und Politik sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt Düsseldorf und umliegender Gemeinden am Samstag, 03. März 2012, im ZAKK in Düsseldorf, auf Einladung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf und der Rosa Luxemburg Stiftung NRW.

Zu Beginn diskutierten Michael Aggelidis, Wirtschafts- und Energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Rainer Nickel, Rosa Luxemburg Stiftung NRW und Angelika Kraft-Dlangamandla, Fraktionssprecherin DIE LINKE, im Rat der Stadt Düsseldorf im Rahmen eines Podiumsgesprächs die

Frage nach einer möglichen linken politischen Agenda für eine kommunale Energiewende. In dem von Nils Böhlke moderierten Gespräch kamen die TeilnehmerInnen überein, dass öffentliche Vorsorge für Wohnen, Heizen, Mobilität und Energiebedarf keine Angelegenheit von Profit und Gewinn sein dürfen. Privatisierungen im Energiesektor und Profitdenken bei Wohnen und Verkehr verhinderten eine wirkliche ökologische Wende für die Menschen in der Stadt.

Im Anschluss an das Podium waren alle TeilnehmerInnen und ReferentInnen im „Utopischen Café“ zu einem klimapolitischen Blick zurück aus der Zukunft eingeladen: Was würden wir heute anders machen wollen, wenn wir aus der Zukunft zurück auf das Jahr 2012 blickten? Die Ergebnisse des Cafés konnten direkt auf den Papiertischdecken schriftlich festgehalten und anschließend als Wandzeitung zugänglich gemacht werden. Es entstand so ein buntes Bild von Möglichkeiten für die Stadtentwicklung, vom kostenlosen Öffentlichen Nahverkehr, über die solare Energiezukunft, bis zu einer CO₂-neutralen Kommune.

Am Nachmittag konnten die TeilnehmerInnen in sechs thematisch verschie-

denen Arbeitsgruppen diese Gedanken vertiefen und mit den anwesenden Experten diskutieren. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen bildeten den Schlusspunkt der Veranstaltung im Rahmen eines Plenums: Entwickelt wurden unter anderem die Forderung nach einem integrierten Klimaschutz- und Stadtentwicklungskonzept mit partizipativen Ansätzen, die Feststellung, dass weitere klimapolitische Entwicklungen nur in einem Bündnis von Initiativen, Organisationen, Parteien und BürgerInnen erreichbar sind und das dazu realistische Ziele mit realistischem Zeitablauf definiert werden sollten.

Die Ergebnisse des Cafés und der Workshops, sowie die Inputs des Podiums und der Workshops sind auf der Homepage des Kongresses www.stadt-unter-strom.de veröffentlicht und für zukünftige Aktionen zugänglich und nutzbar.

Eine durchweg gute bis sehr gute Bewertung der Veranstaltung legt zudem nahe, dass die Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf für das Themenfeld sozial-ökologische Stadtpolitik von den TeilnehmerInnen als kompetenter Ansprechpartner wahrgenommen wurde.

Marode Zustände in Hassels-Nord

Seit Jahren schon ist das Quartier Hassels-Nord um die Potsdamer und Fürstenberger Straße wegen etlicher Brandstiftungen und Wohnungsmängel immer wieder in den Schlagzeilen.

Kaum ist das Dach in der Potsdamer Str. 7 repariert worden, werden zwei weitere Dachschäden gemeldet. Beim Infostand der LINKEN am 17. März vor Ort haben sich die MieterInnen über die zahlreichen Wohnungsmängel beschwert. Es geht mal wieder um den Konflikt zwischen der Renditeerwartung und den Investitionen für Instandhaltung und Modernisierung. Zwar hat die Wohnungsgesellschaft WVB Centuria ein Sicherheits- und Brandschutzkonzept angekündigt, doch das beseitigt ja nicht die Wohnungsmängel.

Die Stadtverwaltung lässt sich durch die Zusagen der Centuria weiter hinhalten. Mit einer Engelsgeduld und Glacé-Handschuhen wird die Centuria behandelt. Die haben die MieterInnen in Hassels-Nord allerdings nicht mehr!

Keine Löschung der Daten vorgesehen

Von Hartz IV- und Arbeitslosengeld II-antragstellerInnen wird eine Vielzahl höchst sensibler Angaben eingefordert, die auch aus datenschutzrechtlichen Gründen höchst fragwürdig sind. Immer wieder kommt es zu Verstößen des Datenschutzes, die beim „Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit“ (LDI) NRW und beim „Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit“ (BfDI) zu Beschwerden führen. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales hatte DIE LINKE deshalb am 21.03.2012 nach dem Datenschutz für Hartz-IV-EmpfängerInnen gefragt. Die Verwaltung musste zugeben, dass schon mit der Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 es zu datenschutzrechtlichen Fehlern durch die von der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellten Software kam. Diese Fehler sind teilweise bis heute nicht abgestellt. So können Datensätze die in Verbindung mit Arbeitslosengeld II EmpfängerInnen gestellt werden systemtechnisch nicht gelöscht werden. Diesen Skandal versucht die Verwaltung kleinzureden indem sie sich auf rechtliche Bestimmungen zurückzieht.

Der Musik-Bunker war einmal

In Düsseldorf-Lierenfeld steht am Gather Weg ein Bunker, dessen Räume bisher Düsseldorfer Musik-Bands für Proben zur Verfügung gestanden haben. Ca. 160 Bands konnten in 80 Räumen proben. Dieser sogenannte Musik-Bunker gehört der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die ihn verpachtet hatte. Der Pachtvertrag ist zum 31. März ausgelaufen und wurde nicht verlängert, da der Bund den Bunker verkaufen möchte. Als schon vor Wochen bekannt wurde, dass die MusikerInnen den Bunker verlassen müssen und ihnen keine anderen Räume zur Verfügung stehen werden, gab es starke Proteste. Die Stadt wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Räume auch in Zukunft für MusikerInnen zu sichern. Bei der Stadtverwaltung hieß es, man werde sich darum bemühen und im Notfall selbst den Bunker kaufen. Außer diesen Lippenbekenntnissen konnte man allerdings keine Aktivitäten in diese Richtung erkennen. Dabei hatte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben selbst eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt. Wenn die Stadt für den Bunker den Gemeinbedarf erklären würde, könnte sie ohne Konkurrenz anderer Interessenten auf Grundlage eines Verkehrswertgutachtens den Bunker erwerben. Um diese Möglichkeit zu nutzen, hat die Fraktion DIE LINKE. zur Ratssitzung am 15. März einen Antrag eingebracht, den Gemeinbedarf zu erklären und die notwendigen Schritte hierfür einzuleiten. Allein dieser Antrag verursachte großes Unbehagen bei den anderen Fraktionen. Da sie ihn nicht ablehnen konnten, einem Antrag der LINKEN. aber auch nicht zustimmen wollten, wurde er an den Kulturausschuss verwiesen. Leider ist der Antrag bis zur Sitzung des Kulturausschusses am 29. März nicht wieder aufgetaucht, so dass der Ausschuss sich nicht mit ihm befassen konnte. Die nächste Sitzung im Mai wurde abgesagt, so dass der Antrag erst auf der Sitzung am 21. Juni diskutiert werden kann. Die MusikerInnen mussten am 31. März den Bunker verlassen, ohne zu wissen, ob sie jemals wieder Proberäume in Düsseldorf finden werden. Wie die Gespräche mit der Bundesanstalt weitergehen werden und ob Düsseldorf überhaupt eine Chance hat, gegen evtl. Investoren sich beim Erwerb durchzusetzen, steht in den Sternen.

Alles wird neu, aber nicht besser

Der öffentliche Personennahverkehr nach Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie

Am 21.03.2012 beschloss der Ordnungs- und Verkehrsausschuss die neuen Linienführungen von Straßenbahnen und Stadtbahnen nach Inbetriebnahme der neuen Wehrhahnlinie. Obwohl sich vor allem SPD, Grüne und DIE LINKE. massiv gegen zahlreiche Verschlechterungen zur Wehr gesetzt hatten, stimmten zum großen Erstaunen SPD und Grüne dennoch mit der CDU und FDP.

Folgende heutige Straßenbahnen werden zu Stadtbahnlinien: Die bisherige Linie 713 wird zur U 71, die 712 zur U 72 und die 703 im südlichen Abschnitt zur U 73. Im Vorfeld hatten die betroffenen Bezirksvertretungen, Verkehrsverbände, Seniorenbeirat, VertreterInnen von Menschen mit Behinderungen und auch einzelne BürgerInnen schriftlich zahlreiche Anregungen und Bedenken eingereicht.

Vier elementare Wünsche der oben genannten Interessenvertretungen (wie beispielsweise das Bestehen bleiben der direkten Verbindung der 706 und 715 in die Altstadt) wurden von der Verwaltung abgelehnt. Viele weitere ortsbezogene Wünsche ebenfalls. Achtzehnmal antwortete die Verwaltung mit dem Schlagwort "Kenntnisnahme", ohne auf die vorgetragenen Argumente einzugehen. Eigentlich hätten alle noch offenen und ungeklärten Fragen auf einer weiteren Sitzung klar und eindeutig beantwortet werden müssen, um eine objektive Abstimmung zu gewährleisten. Das von der Verwaltung seit Jahren immer wieder betonte Versprechen, dass mit der Wehrhahnlinie keinerlei

Verschlechterungen für die NutzerInnen des ÖPNV verbunden sein würden, wird eben durch zahlreiche Verschlechterungen widerlegt. Den von der Verwaltung hervorgehobenen Verbesserungen für ca. 30.000 Menschen steht eine von der Verwaltung verschwiegene Zahl von Verschlechterungen für 50.000 Menschen gegenüber. Dabei handelt es sich im wesentlichen um erzwungenes Umsteigen statt der vorherigen Direktanbindung (Beispiel Altstadt oder Hauptbahnhof von Flingern aus), Einstellung ganzer Linien (Beispiel 713 vom Gerresheimer Krankenhaus aus), Anschlusschwierigkeiten und Taktausdünnung.

Die geballte Kritik aller Einsprechenden (s.o.) betrifft die fehlende Direktverbindung zur Altstadt. Die Altstadt wird künftig nicht mehr von Straßen- beziehungsweise Stadtbahnlinien angefahren. Für eine Erschließung der Altstadt hätte es drei Varianten gegeben:

eine Bahntrasse entweder über die Elberfelder Straße oder über die Ludwig-Zimmermann-Straße oder drittens über die Maximilian-Weyhe-Allee und das Ratinger Tor. Alle drei Versionen werden von der Verwaltung abgelehnt. Das bedeutet für ältere Menschen, Menschen mit Rollatoren oder Kinderwagen und Menschen mit Behinderungen entweder einen Fußweg von einem halben Kilometer oder ein Umsteigen am neuen U-Bahnhof Shadowplatz. Das würde bedeuten: Erst einmal 20 Meter runter, eine Station fahren und dann wieder 20 Meter hoch.

Da die Linien 706 und die 715 nach Fertigstellung des Kö-Bogens noch bis 2015 in die Altstadt fahren werden, könnte ein neue Mehrheit nach den Kommunalwahlen 2014 für eine BürgerInnennahe Änderung sorgen. Dann müssten allerdings auch SPD und Grüne nicht nur Kritik üben, sondern auch entsprechend abstimmen.



Der Weg in die Altstadt wird für viele länger

© Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH

Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren!

Nach § 24 Gemeindeordnung hat „Jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung zu wenden.“ Die Erledigungen dieser Eingaben hat der Rat der Stadt Düsseldorf einem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden übertragen.

Seit Jahren hatte dieser Ausschuss in der Kommunalpolitik eher den Eindruck hinterlassen, dass es allen dort Beteiligten Recht war, dass über dessen Existenz und Aufgabe nur sehr wenige Bürgerinnen und Bürger Bescheid wussten. Er führte quasi ein Nischen-Dasein und die auf die Tagesordnung gesetzten Eingaben waren so überschaubar, dass noch bis ins Jahr 2010 oft Sitzungstermine abgesagt wurden, da angeblich kein Beratungsbedarf vorhanden war.

Diesen undemokratischen Zustand hat DIE LINKE. mit ihrer Mitarbeit im Rat und Ausschuss mit einem offenen Protest 2010 beendet und ein anderes Verfahren mit mehr Transparenz über alle Eingaben und die Entscheidungshoheit des Ausschusses über alle eingereichten Fälle durchgesetzt. Darüber hinaus hatte 2011 DIE LINKE. für die Haushalts-Debatte einen Antrag eingebracht, Gelder für einen Flyer bereitzustellen, der den Ausschuss zukünftig in der Bevölkerung bekannt machen sollte. Dieser Flyer liegt nunmehr tatsächlich in städtischen Stellen, wie Bürgerbüros und Stadtbüchereien, aus und es ist auch eine Internet-Seite eingerichtet worden. Dies hat nun dazu geführt, dass die Zahl der Eingaben seither erheblich gestiegen ist (insgesamt 141 in 2011), die Diskussionen wurden auch wegen wesentlich erhöhter

öffentlicher Teilnahme der BürgerInnen an den Sitzungen seriöser geführt und konnten nach ausgiebigen Diskussionen und vorbereitenden Presse-Berichten in immer mehr Fällen für die BürgerInnen zu einer befriedigenden Abhilfe führen.

Wenn auch Sie sich an den Ausschuss wenden wollen, können Sie einen Brief oder eine e-Mail senden: Geschäftsstelle des Anregungs- und Beschwerdeausschusses, Amt 10/4, 40200 Düsseldorf, Tel.: 0211 - 89-95610 und -96285 oder e-Mail: beschwerdeausschuss@duesseldorf.de Formulare im Internet unter: www.duesseldorf.de -> rathaus online -> Anregungen, Probleme? -> Anregungs- und Beschwerdeausschuss -> Kontaktformular

Dem Bürger mehr Stimme zu verschaffen ist unser Programm und das Ziel der Arbeit unserer Vertreter im Ausschuss.

Teilerfolg für Kleingärtner

Gilt höchststrichterliche Rechtsprechung nicht für Düsseldorfer Politiker?

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen des Stadtverbandes Düsseldorf der Kleingärtner (STVB) mit der Stadt war es Mitte Februar 2012 endlich soweit:

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen (AOE) stand eine Beschlussvorlage, den Generalpachtvertrag zwischen Stadt und dem STVB über die Grundstückskosten so zu ändern, dass die Kleingärtner nur noch für die reine Pachtfläche zu zahlen brauchen.

In dramatischen Appellen hatte sich der STVB mehrfach und 2010 erneut an alle Ratsfraktionen gewandt und um Hilfe gegen die explodierenden Pachtnebenkosten wie Grundsteuer und Straßenreinigungskosten gebeten.

Die Ratsfraktion DIE LINKE. hat diese Bitte aufgegriffen. DIE LINKE. konnte durch Recherchen bei Kleingartenvereinen und durch beharrliches Nachfragen bei der Verwaltung nachweisen, dass die Stadt den Kleingartenvereinen Grundsteuern etc. „...auch für die über die Pachtfläche hinaus gehenden Bereiche...“ in Rechnung stellte. Im Bereich der Klein-

gärten gibt es neben den Flächen, die den Kleingärtnern zur Verfügung stehen, weitere öffentliche Flächen, die von der Verwaltung über den Pachtzins mit abgerechnet wurden.

Dieses widerspricht der Rechtsprechung, denn bereits 2000 hat der BGH in einem Urteil darauf hingewiesen, dass „die Gemeinde sich auf Kosten der privaten Gebühren- und Abgabenschuldner keine unentgeltlichen Vorteile verschaffen darf.“

Außerdem gab es 2003 zwischen Stadtverwaltung und STVB einen Vergleich (Express 28.06.2003: Großer Sieg für kleine Gärtner), der beinhaltete, dass: „...Die riesig Begleitgrünfläche (600.000 m² = 144.000,- Euro), zuzüglich der Nebenkosten für diese Fläche, zukünftig nicht mehr mit Pachtzins belegt...“ wird (Geschäftsbericht zur Mitgliederversammlung 28.01.2004).

Trotzdem hat die Stadtverwaltung weiterhin diese Begleitgrünfläche in ihre Berechnungen mit einfließen lassen. Erst die Anfragen und Anträge der Ratsfraktion DIE LINKE. haben dazu geführt, dass auch im Generalpachtvertrag eine klare und

unmissverständliche Formulierung aufgenommen wird.

Da die oben genannte Vorlage nur für die Zukunft gelten sollte, beantragte die Fraktion DIE LINKE. in einem Ergänzungsantrag: „...Hinter dem Text der Beschlussdarstellung wird eingefügt: Eine nachträgliche Zahlung mit Bezug auf den zurzeit gültigen Generalpachtvertrag ist auszuschließen...“

Eine solche einfache wie saubere Lösung war den schwarz-gelben VertreterInnen im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen zu viel. Bekannt ist, dass bei zahlreichen, ihrer Klientel dienenden Prestigeprojekten (Joggingstrecke in Oberkassel etc.), keine Haushaltshemmungen bestehen. Von anderen dunklen Geldausgaben, siehe IDR, ganz zu schweigen.

Warum aber auch die Vertreterinnen und Vertreter von SPD und Grüne hierbei mit Schwarz-Gelb für Ablehnung des Ergänzungsantrags der LINKEN, d.h. im Kern auch gegen höchststrichterliche Entscheidungen stimmten, kann nicht einfach mit Zufriedenheit wegen des Kompromisserfolges begründet werden.

Abschiebedrehkreuz Düsseldorf

Insgesamt wurden 2011 aus Deutschland 7188 Personen auf dem Luftweg abgeschoben. 823 davon von Düsseldorf aus. Damit liegt der Düsseldorfer Flughafen an dritter Stelle der deutschen Flughäfen und nur knapp hinter München. Das geht aus einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE hervor. Außerdem wurden 729 Personen über den Landweg abgeschoben. Weitere 652 Personen wurden am Flughafen Düsseldorf Lohausen abgewiesen, davon wurden 566 auf dem Luftweg und 86 auf dem Landweg abgeschoben. Immerhin 122 Personen konnten aufgrund von Widerstandshandlungen der Betroffenen vorläufig nicht abgeschoben werden. Davon vier in Düsseldorf.

Aufgrund der Weigerung der PilotInnen und/oder der Fluggesellschaft konnten 39 Personen nicht abgeschoben werden, davon 11 in Düsseldorf.

Laut der Antwort der Stadtverwaltung Düsseldorf zu einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE hat die Kommunale Ausländerbehörde der Stadt Düsseldorf 2011 insgesamt 100 Personen abgeschoben. 94 waren männlichen, 6 Personen weiblichen Geschlechts. Darunter waren zwei Minderjährige, die mit ihren Erziehungsberechtigten abgeschoben wurden. Davon waren 14 Personen abgelehnte AsylbewerberInnen. 77 Personen waren zuvor in Abschiebehaft.

Proteste bei den Sana-Kliniken

Angst vor Sozialabbau

Nicht nur in Düsseldorf haben MitarbeiterInnen der Sana-Kliniken Angst vor dem Abbau von tariflichen Leistungen, Angst vor Sozialabbau. Sana-Düsseldorf hatte im Februar angekündigt, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten. Nach dieser Ankündigung protestierten Beschäftigte vor der Gerresheimer Klinik. Mit dabei auch Angelika Kraft-Dlangamandla, Fraktionssprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE. sowie der Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von NRW, Wolfgang Zimmermann.

Zwischeneitlich hatte Sana erklärt, nur noch als Gastmitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband vertreten sein zu wollen. In einer Betriebsversammlung wurde den MitarbeiterInnen erklärt, die tariflichen Leistungen hätten weiter Bestand. Allerdings zweifeln daran sowohl die Beschäftigten als auch die Gewerkschaft ver.di.

Da die Stadt Düsseldorf noch 49 Prozent der Anteile an den Sana-Kliniken Düsseldorf hält, hat die Fraktion DIE LINKE. zur Ratssitzung am 15.03.2012 einen Antrag gestellt, in dem die VertreterInnen der Stadt im Aufsichtsrat der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH aufgefordert werden, sich für eine Rückkehr zur ordentlichen Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband einzusetzen.

Sana hatte bereits im Vorfeld Teile der Klinik ausgegliedert, vor allem im nichtmedizinischen Bereich wie Küche, Reinigung,

Bettenzentrale, Finanzbuchhaltung und EDV. 70 MitarbeiterInnen wurden gekündigt.

Nun haben die Beschäftigten Angst, dass ihnen durch den Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband auch ihre Altersversorgung verloren geht.

Der Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich von den anderen Parteien abgelehnt. Zuvor gab es noch eine längere Diskussion, bei der die Grünen argumentierten, dass es durch den Austritt aus dem Ar-

beitgeberverband doch Chancen für die Beschäftigten gäbe, mehr Geld zu verdienen als mit dem TVÖD (Tarifvertrag Öffentlicher Dienst).

Dazu Angelika Kraft-Dlangamandla: „Es ist noch nie ein Arbeitgeber aus dem Verband ausgetreten, damit die Beschäftigten mehr Geld bekommen. Sinn und Zweck ist immer das Sparen zu Lasten des Personals. Und das wiederum führt zu Beeinträchtigungen für die PatientInnen. Das können wir nicht zulassen.“



Proteste der Sana-Beschäftigten

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

50.000

Die Stadt beobachtet Dich

Immer weitere öffentliche Bereiche werden von Videokameras überwacht. Jegliche Videoüberwachung geht einher mit der Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte der passierenden PassantInnen. Von sicherheitsfanatischen PolitikerInnen wird die Videoüberwachung als Allheilmittel gerühmt. Aber selbst die Videokameras am Bolker Stern, die von der Düsseldorfer Polizei betrieben werden, konnten dort die Anzahl der Straftaten nicht verringern. Im März stellte die Ratsfraktion DIE LINKE eine Anfrage zur Videoüberwachung der Stadt Düsseldorf. Die Stadtverwaltung samt ihren Eigenbetrieben betreibt angeblich keine Videokameras im öffentlichen Raum. Allerdings vergass sie die Videokameras die die Düsseldorfer Strassen überwachen.

Innerhalb und außerhalb von städtischen Dienstgebäuden sind insgesamt 40 Videoüberwachungsanlagen installiert mit einer unbekannten Anzahl von Kameras. Angaben zu Überwachungskameras von Tochterunternehmen und sonstigen Beteiligungen liegen der Stadt zurzeit nur für die Rheinbahn AG vor.

Demnach sind über 317 Kameras im Bereich von Bahnhöfen und Haltestellen installiert, mehr als die Hälfte davon befinden sich im Düsseldorfer Stadtgebiet. 943 Kameras sind in insgesamt 206 Bussen und Bahnen, die von der Rheinbahn bedient werden, installiert. Heraus kam auch, daß einige der Kameras die Bilder viel zu lange speichern.

Eine genaue Auflistung findet sich auf unserer Internetseite unter Ratsanfragen.

Viel getan

Die Ratsfraktion DIE LINKE. legt Halbzeitbroschüre vor

Seit über zwei Jahren sitzt die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf. Nun ist es Zeit eine Bilanz zu ziehen zur bisherigen Arbeit.

Gestartet sind wir mit dem kommunalpolitischen Programm „Gemeinsam Druck machen“, das Grundlage für unsere Arbeit in den letzten zweieinhalb Jahren war. Mit Anträgen und Anfragen im Rat und in den Fachausschüssen versuchen wir, unsere Politik darzustellen und durchzusetzen. In der Broschüre ist ein Überblick über die wichtigsten Anträge und Anfragen im Rat. Weitere Anträge und Anfragen aus den Ausschüssen, aber auch die von uns herausgegebenen Pressemitteilungen sowie diese Broschüre sind auf unserer Internetseite www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden. Hauptanliegen unserer Arbeit war und ist es, einen grundlegenden Politik-

wechsel herbei zu führen. Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit, für einen besseren Umweltschutz, für bezahlbare Wohnungen, gegen Ausgrenzung und Rassismus und für bessere Lebensbedingungen auch für Menschen, die sich aufgrund ihrer sozialen Lage nicht viel leisten können. All diese Punkte werden unserer Meinung nach von anderen Parteien in Düsseldorf - wenn überhaupt - nur unzureichend aufgegriffen.

Ziel unserer Politik ist ein solidarisches Düsseldorf für alle Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Broschüre soll einen Überblick über unsere Arbeit geben und gleichzeitig die Schwerpunkte unserer Politik darstellen. Zu bestellen ist die Broschüre über das Büro der Ratsfraktion: Tel: 211 89 95123 oder info@linksfraktion-duesseldorf.de



DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf trauert um Achim



Achim hat als sachkundiger Bürger in der Ratsfraktion mitgearbeitet und war stellvertretendes Mitglied im Schulausschuss.

Sein plötzlicher Tod hat uns schockiert. Er fehlt uns.

Wir trauern um ihn.

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
im April 2012

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen muss-

ten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein



